

**Weber / Förchler: Der Zivilprozess, 4. Auflage 2014**

**Antworten zu Kontrollfragen Kapitel 16 „Eilverfahren“**

1. Der dingliche Arrest führt lediglich zu Sicherungsmaßnahmen bzgl. des verwertbaren Vermögens des Schuldners, nicht zur Befriedigung des Gläubigers.
2. Bei anhängigem Prozess ist Arrestgericht das Gericht, bei dem der Prozess läuft, sonst jedes Gericht, an dem der Hauptsacheprozess geführt werden könnte, aber auch das Amtsgericht, in dessen Bezirk das zu arretierende Vermögen sich befindet (§ 919 ZPO).
3. *Arrestanspruch* ist die behauptete offene Geldforderung, die durch den Arrest zu sichern ist. *Arrestgrund* sind die Fakten, aus denen sich die Dringlichkeit einer Sicherungsmaßnahme ergibt, weil Sorge besteht, dass eine spätere Vollstreckung des Hauptsachenurteils ins Leere gehen würde (§ 917 ZPO).
4. *Arrestansprüche* betreffen Geldforderungen, *Verfügungsansprüche* betreffen Individualansprüche, z.B. Herausgabeansprüche, Unterlassungsansprüche, Nacherfüllungsansprüche.
5. Arrestgründe sind die Sorge der wesentlichen Erschwerung oder Vereitelung einer späteren Vollstreckung des Urteils oder die Notwendigkeit der Durchführung des Zwangsvollstreckung außerhalb des Geltungsbereiches von EuVVO/LuganoÜ im Ausland (§ 917 ZPO).
6. *Strengbeweismittel* sind Zeuge, Augenschein, Urkunde, Sachverständigengutachten und Parteivernehmung, bei *Glaubhaftmachung* sind auch andere Beweismittel zulässig, etwa eine eidesstattliche Versicherung oder ein Privatgutachten. Bei Glaubhaftmachung ist ein geringerer Grad an Wahrscheinlichkeit ausreichend.
7. Das Gericht kann durch Beschluss den Arrest anordnen oder den Antrag zurückweisen; nach mündlicher Verhandlung kann aber auch durch Urteil entscheiden werden (§ 922 ZPO).
8. Lösungssumme ist der Betrag, gegen dessen Hinterlegung bei Gericht durch den Schuldner die Vollziehung des Arrests gehemmt wird (§ 923 ZPO).
9. Wurde durch Beschluss entschieden, kann der Antragsgegner Widerspruch einlegen (§ 924 ZPO). Erging der Arrest durch Urteil, kann nur Berufung eingelegt werden.
10. Hat das Gericht im Arresturteil dem Arrestgläubiger auf Antrag eine *Frist* zur Erhebung der Hauptsacheklage gesetzt und kommt der Arrestgläubiger dem innerhalb der Frist nicht nach, kann der Arrestgegner nach mündlicher Verhandlung Aufhebung des Arrests durch Endurteil beantragen (§ 926 Abs. 2 ZPO).
11. Die Vollziehung des Arrests in bewegliche Sachen erfolgt durch deren *Pfändung*, die Vollstreckung in Forderungen geschieht ebenfalls durch einen *Pfändungsbeschluss* (ohne die Überweisung der Forderung), die Vollziehung des Arrests in Grundstücke wird durch Eintragung einer *Sicherungshypothek* umgesetzt.

12. Einen Monat lang seit Verkündung bzw. Zustellung der Arrestentscheidung (§ 929 Abs. 2 ZPO).
13. Es gibt die *Sicherungsverfügung*, wenn durch eine Veränderung des bestehenden Zustands die Vereitelung oder wesentliche Erschwerung der Verwirklichung eines Individualanspruchs zu befürchten ist. Mit der *Regelungsverfügung* wird ein einstweiliger Zustand zur Verhinderung drohender Gewalt oder zur Abwendung wesentlicher Nachteile vorläufig geregelt. Die *Leistungsverfügung* bringt in seltenen Fällen sogar die sofortige Befriedigung des Gläubigers, wenn andernfalls irreparable Schäden eintreten würden.
14. Zuständig ist das Gericht der Hauptsache (§ 937 Abs. 1 ZPO). In dringenden Fällen kann das Amtsgericht der belegen Sache entscheiden (§ 942 Abs. 2 ZPO).
15. Das Gericht hat weiten Ermessensspielraum, welche Sicherungsmaßnahme am geeignetsten ist. Es kann Sequestration anordnen, Handlungsverbote erlassen, Grundbuchsicherungen verfügen oder vorläufige Regelungen treffen.
16. Sie ist ein *vorbeugendes Verteidigungsmittel* des Verfügungsgegners gegen eine bevorstehende einstweilige Verfügung, die ja ohne Anhörung des Gegners erlassen werden kann. Das Gericht kann dann die Ausführungen des Gegners bei seiner Verfügungsentscheidung bereits berücksichtigen. Sie kommt vor allem bei Wettbewerbssachen vor.
17. Das Verfahren ist statthaft, wenn der Verlust eines Beweismittels droht oder – außerhalb eines Prozesses – ein rechtliches Interesse an der Feststellung eines Zustands, dessen Ursachen oder über einen Schadensbeseitigungsaufwand besteht und das Beweisverfahren der Vermeidung eines Hauptprozesses dienen kann (§ 485 ZPO).
18. Er hat den Charakter eines Beweisbeschlusses, wie er auch in einem laufenden Verfahren ergehen könnte.
19. Jeder der Parteien steht das Beweisergebnis zur Benutzung in einem nachfolgenden oder anhängigen Prozess zur Verfügung (vgl. § 493 ZPO).